

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1044/1-II/7/89 [25]

Entwurf eines BG, mit dem das
Gleichbehandlungsgesetz geändert
wird; Stellungnahme
Zl. 30.800/97-V/3/89,
vom 10. Oktober 1989

Himmelpfortgasse 4 - 8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefon 51 433 / DW
1826

Sachbearbeiter:
Mag. Gauss

GESETZENTWURF
Z: 82. GE 989
Datum: 15. NOV. 1989
Verteilt: 17.11.89

*Dr. Janyk***Sofort**

An den
Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

Im Sinne der Entschliebung des Nationalrates betr. die Begutachtung des an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwurfes beehrt sich das BMF, in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom BMAS erstellten und mit Note vom 10. Oktober 1989, Zl. 30.800/97-V/3/89 versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gleichbehandlungsgesetz geändert wird, in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Anlagen

25 Kopien

8. November 1989

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Janyk

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1044/1-II/7/89

Entwurf eines BG, mit dem das
Gleichbehandlungsgesetz geändert
wird; Stellungnahme
Zl. 30.800/97-V/3/89,
vom 10. Oktober 1989

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 51 433 / DW

1826

Sachbearbeiter:

Mag. Gauss

An das

Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 W i e n

Zu dem mit Note des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 10. Oktober 1989, Zl. 30.800/97-V/3/89 versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gleichbehandlungsgesetz geändert wird, nimmt das BMF wie folgt Stellung:

Zu Vorblatt: mangelhafte Kostenschätzung

Das BMF ruft neuerlich die Regelungen des § 14 BHG in Erinnerung, wonach jedem Entwurf für ein Bundesgesetz oder eine Verordnung vom zuständigen Bundesminister eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen anzuschließen ist, die sich im Falle der Durchführung dieser Vorschriften ergeben würde.

Diese Stellungnahme hat insbesondere zu enthalten:

- (1) Die sich aufgrund der Vollziehung der Rechtsvorschrift ergebenden Mehrausgaben (Mindereinnahmen), angegeben für jedes einzelne Jahr innerhalb des laufenden Budgetprognosezeitraumes,
- (2) Angaben, warum diese Mehrausgaben (Mindereinnahmen) notwendig sind und welcher Nutzen hievon erwartet wird,
- (3) Vorschläge zur Bedeckung dieser Ausgaben (zur Kompensation des Einnahmenentfalles).

-2-

Zu Art. I, Z 6 (§ 3a Z 3,4,5,6,7,8,9,10):

Die im vorliegenden Entwurf getroffenen Regelungen begünstigen die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen samt einer, bürokratischen Organisationsformen innewohnenden Eigendynamik im Verwaltungskostenbereich, wobei sich ha. die Frage stellt, inwieweit nicht auch die Möglichkeit besteht, anstatt der Schaffung neuerartiger bürokratischer Strukturen die Vollziehung des Gesetzes den ohnehin schon vor Ort tätigen Arbeitsinspektoraten zu übertragen, die dann in Vollziehung dieses Gesetzes der Gleichbehandlungskommission verantwortlich zu sein hätten.

Aus diesem Grunde schlägt das BMF vor, ggstdl. Vorhaben vorerst zurückzustellen und nach einer den o.a. Überlegungen Rechnung tragenden, budgetschonenden Organisationsform zu suchen.

Zu Art. I Z 15 (§ 10 Abs. 1):

Hier wäre jedenfalls vorzusehen, daß die Höhe der Aufwandsentschädigung vom BMAS im Einvernehmen mit dem BMF festgesetzt wird.

25 Ausfertigungen der Stellungnahme wurden unmittelbar dem Präsidenten des Nationalrates zugeleitet.

8. November 1989

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

